

**Einrichtung eines Willkommensservice in der Stadt Ettlingen  
- Antrag der SPD-Fraktion und anderen vom 03.01.2008**

---

**Beschluss: (33:0 Stimmen, 2 Enthaltungen)**

**Der o. g. Antrag wird zur Vorberatung an den Verwaltungsausschuss verwiesen.**

- - -

Die Verwaltung teilte hierzu mit:

Der von der SPD-Fraktion und anderen gestellte Antrag ist als Anlage beigefügt.

Stellungnahme der Verwaltung:

Eltern neugeborener Kinder erhalten bereits bisher von der Stadt einen Elterbrief. Aufbauend auf diese Praxis wurde im vergangenen Jahr von den Arbeitsgruppen des Lokalen Bündnisses für Familie die Idee entwickelt, ein Begrüßungspakt sowohl für Eltern Neugeborener als auch für Neubürger zusammen zustellen. Neben sozialen Aspekten (z. B. Kinderbetreuung) soll das Paket auch kulturelle und allgemeine Information enthalten. Zu diesem Projekt wurde bereits eine verwaltungsinterne Arbeitsgruppe gebildet, die die Aktivitäten des Lokalen Bündnisses in dieser Hinsicht unterstützt. Die Verwaltung wird nach Fertigstellung des Konzepts – auch mit Blick auf eventuell entstehende Kosten – erneut im Gemeinderat berichten.

- - -

Stadträtin Hofmeister erläutert den Antrag der SPD-Fraktion und anderen und betont, dass nicht das Verteilen von Informationsmaterial, sondern der persönliche Kontakt im Vordergrund stehen solle.

Stadtrat Stemmer weist darauf hin, dass Geburtstags- und Muttertagsehrungen vor einigen Jahren eingeschränkt worden seien und er daher über den Antrag der SPD-Fraktion überrascht sei. Seiner Meinung nach sei dies eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für die Verwaltung. Er gehe davon aus, dass jährlich ca. 1.000 Personen nach Ettlingen kommen würden und die Leute nicht wegen des Willkommensservice hierher ziehen würden. Er stimmt dem Verweis an den Verwaltungsausschuss zu.

Stadträtin Kölper sieht bei der Einrichtung eines Willkommensservice noch erheblichen Beratungsbedarf und schlägt folgende Änderung des Beschlussvorschlags vor: „Der o. g. Antrag wird zur Vorberatung - nach Fertigstellung des Konzepts, auch mit Blick auf eventuell entstehende Kosten - im Verwaltungsausschuss behandelt.“ Sie befürchtet, dass sich der Gemeinderat sonst dreimal mit der gleichen Sache befassen müsse.

Oberbürgermeisterin Büsemaker erklärt, dass die Verwaltung erst nach Aufbereitung der Zahlen damit in den Verwaltungsausschuss komme und dies nicht die nächste Sitzung im Februar sein werde. Sie fügt hinzu, dass daher der Antrag von Stadträtin Kölper nicht nötig sei.

Stadtrat Siess stimmt dem Beschlussvorschlag mit dem Hinweis zu, dass auch er noch Diskussionsbedarf sehe.

Stadträtin Zeh stimmt für die Freien Wähler der Verwaltungsvorlage zu.

Stadtrat Dr. Böhne sieht einen erheblichen Verwaltungs- und auch personellen Aufwand in der Umsetzung dieses Antrages, stimmt jedoch der Vorberatung im Verwaltungsausschuss zu.

Ohne weitere Aussprache wird mit 33:0 Stimmen (2 Enthaltungen) oben stehender Beschluss gefasst.

- - -